

Mitteilungsvorlage	Vorlage-Nr.: 00/1000-3780/2021
---------------------------	---



<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Stadtrat (Bekanntgabe)	18.11.2021	Ö

<i>Betreff</i>
Anfrage Stadtratsmitglied Mack vom 29.10.2021 zu den Reichsbürger:innen in Würzburg (2021)

<i>Sachbearbeitende Dienststelle</i> Kommunalreferat (Ref. II)	<i>Datum</i> 29.10.2021
<i>Beteiligte Dienststelle/n</i> FB Allgemeine Bürgerdienste	
<i>Oberbürgermeister, Referats- bzw. Werkleitung</i> rechtsk. berufsm. Stadtrat Wolfgang Kleiner, rechtsk. berufsm. Stadtrat und Stadtkämmerer Robert Scheller	

Mitteilung:

Frage

Wie viele Fälle von selbsternannten „Reichsbürger:innen“ oder „Selbstverwalter:innen“ sind der Verwaltung seit meiner letzten Anfrage im September 2020 (Vorl. Nr. 00/1000-2072/2020) bekannt?

In welchen Bereichen kam es in diesem Zeitraum zu Problemen (zum Beispiel Zahlung von Bußgeldern, Rückgabe von Personalausweisen)? Bitte Fälle darstellen.

Besteht nach Ansicht der Verwaltung eine Häufung von Reichsbürger:innen im Zusammenhang mit Anti-Corona-Protesten („Querdenken“ o.ä.)?

Antwort

- a. Im vorgenannten Zeitraum wurden 4 neue Verdachtsfälle aus Würzburg im Rahmen von Verwaltungsverfahren bekannt; dabei handelt es sich um Vorgänge im Rahmen von Ordnungswidrigkeitsverfahren bzw. Vollstreckungsverfahren und einen Verstoß gegen die Ausweispflicht.

Hinzu kommen 2 weitere, neue Verdachtsfälle aus Würzburg, die nicht im Zusammenhang mit einem konkreten Verwaltungsverfahren stehen; hier wurden künstlich Bezüge zum Staatsangehörigkeitsrecht bzw. zu standesamtlichen Urkunden hergestellt.

Es handelt sich bei diesen insgesamt 6 Verdachtsfällen aus Würzburg jeweils nicht um wiederholende, sondern um einmalige Ausdrucksweisen bzw. Einsendungen der Absender, die der Polizei gemeldet wurden.

- b. Hinzu kommen 4 Äußerungen bzw. Eingaben aus Würzburg im Rahmen der Bundestagswahl 2020 bzw. der Eintragung zum Volksbegehren 2021 „Abberufung des Landtages“. Zwei von diesen 4 Fällen sind Wiederholungsfälle; zwei neue Fälle sind als Verdachtsfälle gemeldet worden, weil es nicht wiederholende, einmalige Ausdrucksweisen waren. In einem der Wiederholungsfälle kann nach städtischer Einschätzung von einer konkreten Überlagerung der szenetypischen Äußerungen aus der Rechtsbürgerszene und der „Querdenker“-Szene ausgegangen werden.
- c. Hinzu kommen Verdachtsfälle von Personen, die außerhalb der Stadt Würzburg wohnen:
- In 4 Fällen – einer davon ist ein Wiederholungsfall – wurden im Rahmen von Verkehrsordnungswidrigkeiten und einem Fall im Rahmen von Grundabgaben szenetypische Äußerungen bzw. Vermerke vorgebracht. In weiteren 5 Fällen wurden per Brief oder Telefax szenetypische Anfragen gestellt oder Themen vorgebracht, namentlich aus den Themenbereichen „Urkunden“, „Abstammungen“, „Verträge“ und in einem Fall mit konkretem Bezug auf Corona-Schutzmaßnahmen.
- d. Unabhängig von jedem Bezug zur Stadt Würzburg oder zu einem Verwaltungsverfahren wurden insgesamt 19 Mails bzw. Telefaxe an die Stadt gesandt, in denen sich oftmals szenetypisch das gleiche Bild zum Thema „Kriegsrecht“ wiederholte.

Ein Kommunalberatungsgespräch zwischen der Stadt Würzburg (Sozialreferat, Kommunalreferat), der Polizei und der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) fand im Oktober 2021 statt; hier wurde die Zusammenarbeit mit der Polizei erörtert und reflektiert.

Belange der gesellschaftlichen Vielfalt (Diversity) werden berührt:

Ja

Nein

Bei „Ja“ ergänzende Informationen, wie die Belange berücksichtigt werden/wurden:

Relevante Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimaanpassung:

Ja

Nein

Bei „Ja“ ergänzende Erläuterungen:

Die Ausführungen dienen zur Kenntnis.

- 2. Nov. 2021

Bezeichnung: Reichsbürger:innen in Würzburg (2021)

von: Mack, Konstantin

Datum: 29.10.2021, 13:20

Beratung: Stadtrat (Beantwortung im Gremium - öffentlich)

Begründung:

Anlagen:

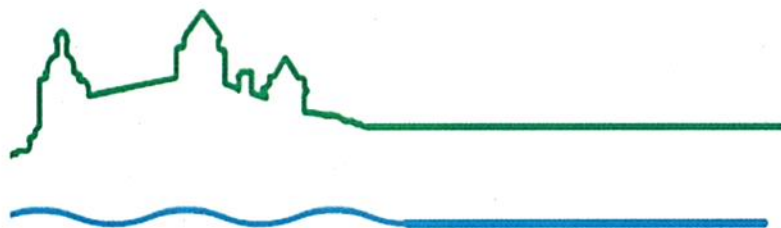
Werden Belange der gesellschaftlichen Vielfalt (Diversity) berücksichtigt?:

Wenn "Ja" bitte hier ergänzende Informationen:

Hat der Vorschlag relevante Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimaanpassung?:

Wenn "Ja" bitte hier ergänzende Informationen:

Einreicher: Konstantin Mack



Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Rathaus • Rückermainstraße 2 • 97070 Würzburg

Stadt Würzburg
Herrn Oberbürgermeister
Christian Schuchardt
Rückermainstraße 2

Würzburg, 29.10.2021

Schriftliche Anfrage: Reichsbürger:innen in Würzburg (2021)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Stadtrats am 18. November 2021 reiche ich folgende Schriftliche Anfrage ein:

Wie viele Fälle von selbsternannten „Reichsbürger:innen“ oder „Selbstverwalter:innen“ sind der Verwaltung seit meiner letzten Anfrage im September 2020 (Vorl. Nr. 00/1000-2072/2020) bekannt?

In welchen Bereichen kam es in diesem Zeitraum zu Problemen (zum Beispiel Zahlung von Bußgeldern, Rückgabe von Personalausweisen)? Bitte Fälle darstellen.

Besteht nach Ansicht der Verwaltung eine Häufung von Reichsbürger:innen im Zusammenhang mit Anti-Corona-Protesten („Querdenken“ o.ä.)?

Ich bedanke mich schon im Vorfeld für die Beantwortung dieser Anfrage.

Mit freundlichen Grüßen

Konstantin Mack
Stv. Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90 / Die Grünen